

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Angelika Krüger-Leißner, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/11832 –**

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Kultur- und Kreativschaffenden verbessern

A. Problem

Als Ressourcen für die Zukunft sind der Kultur-, der Medienbereich und der Kreativsektor von zentraler Bedeutung. Die in der Kultur- und Kreativwirtschaft sichtbaren Veränderungen des Arbeitsmarktes zeigen künftige Veränderungen der Arbeitswelt wie durch ein Vergrößerungsglas, die Branche ist sowohl Zukunftslabor als auch Avantgarde. Von diesen Prämissen geht die Fraktion der SPD in ihrem Antrag aus und fordert ein umfassendes politisches Konzept, um die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft noch besser zu nutzen.

Die Lebensrealität in der Branche sei bisher durch Selbstausbeutung und geringe Bezahlung gekennzeichnet, faire Einkommen und soziale Sicherheit seien für viele Kreative Fremdworte. Deshalb fordert die Fraktion, dass die Bundesregierung noch in der laufenden Wahlperiode Vorschläge vorlegt, um die Lage zu verbessern. Gefordert werden ein verändertes Urheberrecht und ein verändertes Urhebervertragsrecht, um angemessene Vergütungen für die Verwertung künstlerischer und kreativer Arbeit zu gewährleisten. Eine Ausstellungszahlung für bildende Künstlerinnen und Künstler, Fotografinnen und Fotografen soll etabliert, die Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit verbessert werden. Die Fraktion setzt sich für die Aufnahme von Soloselbständigen in Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung ein, soweit sie als Kreative keinen Zugang zur Künstlersozialversicherung haben. Weitere Forderungen zielen darauf, die Künstlersozialversicherung für die Zukunft abzusichern, die öffentliche Kulturförderung an die Einhaltung von Tarifverträgen und soziale Mindeststandards zu knüpfen und die Betreuung der Kreativen durch die Arbeitsagenturen zu optimieren. Außerdem soll die Bundesregierung das öffentliche Bewusstsein für den Wert kreativer Leistungen stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

elektronische Vorab-Fassung

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11832 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2013

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Grütters
Vorsitzende

Gitta Connemann
Berichterstatterin

Siegmond Ehrmann
Berichterstatter

Reiner Deutschmann
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Arfst Wagner (Schleswig)
Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung

Bericht der Abgeordneten Gitta Connemann, Siegmund Ehrmann, Reiner Deutschmann, Dr. Lukrezia Jochimsen und Arfst Wagner (Schleswig)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/11832** ist in der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen worden sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Gesundheit.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Als Ressourcen für die Zukunft sind der Kultur-, der Medienbereich und der Kreativsektor von zentraler Bedeutung. Die in der Kultur- und Kreativwirtschaft sichtbaren Veränderungen des Arbeitsmarktes zeigen künftige Veränderungen der Arbeitswelt wie durch ein Vergrößerungsglas, die Branche ist sowohl Zukunftslabor als auch Avantgarde. Von diesen Prämissen geht die Fraktion der SPD in ihrem Antrag aus und fordert ein umfassendes politisches Konzept, um die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft noch besser zu nutzen. Die Lebensrealität in der Branche sei bisher durch Selbstausbeutung und geringe Bezahlung gekennzeichnet, faire Einkommen und soziale Sicherheit seien für viele Kreative Fremdworte.

Deshalb fordert die Fraktion, dass die Bundesregierung noch in der laufenden Wahlperiode Vorschläge vorlegt, um die Lage zu verbessern. Gefordert werden ein verändertes Urheberrecht und ein verändertes Urhebervertragsrecht, um angemessene Vergütungen für die Verwertung künstlerischer und kreativer Arbeit zu erreichen. Eine Ausstellungszahlung für bildende Künstlerinnen und Künstler, Fotografinnen und Fotografen soll etabliert, die Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit verbessert werden. Die Fraktion setzt sich für die Aufnahme von Soloselbständigen in Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung ein, soweit sie als Kreative keinen Zugang zur Künstlersozialversicherung haben. An unständig Beschäftigte soll Krankengeld auf der Grundlage jener Regelung gezahlt werden, wie sie bis Ende 2008 gegolten habe. Weitere Forderungen zielen darauf, die Künstlersozialversicherung dauerhaft stabil und zukunftsfest zu gestalten, die Kunst- und Kulturförderung des Bundes an die Einhaltung von Tarifverträgen und soziale Mindeststandards zu knüpfen und die Angebote für Kreative durch die Arbeitsagenturen im Bereich Beratung und Weiterbildung zu optimieren.

Insgesamt soll die Bundesregierung das öffentliche Bewusstsein für den Wert kreativer Leistungen stärken.

Die Fraktion der SPD bemängelt, bisher sei die Bundesregierung Vorschläge schuldig geblieben, um eine angemessene Vergütung aus der Verwertung geistigen Eigentums und damit Einkommen für die Urheber künstlerischer und kreativer Leistungen auch in der digitalen Welt zu ermöglichen. Die Bedingungen, unter denen der Anspruch auf Arbeitslosengeld greift, hätten mit den tatsächlichen Bedürfnissen und realen Arbeitsabläufen der Kreativen nichts zu tun. Zu wenig habe die Bundesregierung auch getan, viele Berufsgruppen im Bereich Kultur und Medien wirksam gegen Einkommensausfälle im Krankheitsfall abzuschirmen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Gesundheit** haben den Antrag in ihren Sitzungen am 24. April 2013 beraten und Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat seine Beratungen zu dem Antrag am 24. April 2013 abgeschlossen und im Ergebnis Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dabei warb die **Fraktion der SPD** dafür, ihr umfassendes Konzept zu unterstützen, um die soziale und wirtschaftliche Situation der Kreativen durch viele unterschiedliche Elemente zu verbessern. Während jedoch die **Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** in einigen Punkten Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Fraktion der SPD feststellten, wurde von Seiten der **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** die Vorgehensweise abgelehnt und auf eigene Initiativen verwiesen.

Der Ausschuss hatte die Diskussion über den Antrag
in eine umfassende Debatte über Möglichkeiten, die

Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern, eingebettet.

Berlin, den 13. Mai 2013

Gitta Connemann
Berichterstatterin

Siegmond Ehrmann
Berichterstatter

Reiner Deutschmann
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Arfst Wagner (Schleswig)
Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung